



Euro-Kurzinformation

63. Ausgabe

im Juni 2018

☞ **EU-Staaten einigen sich auf neue Bankenregeln**

Die EU-Finanzminister verständigten sich Ende Mai nach langen Verhandlungen auf eine Reihe von Änderungen in der bestehenden Kapitalrichtlinie, dem einheitlichen Abwicklungsmechanismus und der Abwicklungsrichtlinie (BRRD). Mit diesen werden neue Verschuldungs- und Liquiditätskennziffern eingeführt, die Bankenabwicklung erleichtert und eine stärkere Proportionalität in der Regulierung eingeführt. Dies ist die erste größere Revision der europäischen Bankenaufsicht seit der Krise 2009.

Besonders umstritten war bis zuletzt die Höhe der Bail-in-Anforderungen für Großbanken gewesen. Hier konnte die deutsche Regierung ihre Position im Wesentlichen durchsetzen, wonach das Bail-in-fähige Kapital mindestens 8 % der gesamten Verbindlichkeiten und Eigenmittel betragen muss. Diese Quote kann im Einzelfall auch erhöht werden. Großbanken sollen danach nun mehr Bail-in-Kapital vorhalten als bislang, kleine Institute werden hingegen entlastet und erhalten Erleichterungen bei Offenlegungen und im Meldewesen. Als kleine Banken sollen alle Institute mit einer Bilanzsumme bis 5 Mrd. € gelten. Zudem gab es eine Einigung darauf, dass selbständige deutsche Förderbanken ausgenommen werden können.

Mit dieser gemeinsamen Position wollen die EU-Staaten nun in die Verhandlungen mit dem EU-Parlament gehen. Aus informierten Kreisen hieß es, dass sich lediglich Italien und Griechenland bei der Abstimmung enthalten hätten. Ziel ist es nun, die Gesetzesverhandlungen zwischen Rat und Parlament auf europäischer Ebene spätestens bis Jahresende abzuschließen, damit die letzten Abstimmungen noch im ersten Quartal 2019 erfolgen können. Das EU-Parlament stellt im April 2019 seine Arbeit ein, da im Mai kommenden Jahres die Europawahl stattfindet.

Kommentar: Ein wichtiger Schritt in Richtung Kapitalmarktstabilisierung ist gegangen – ohne nationale Interessen zu vernachlässigen.

☞ **Michael Theurer zur Europäischen Wirtschaftspolitik**

Wenige Tage vor dem Treffen der EU-Finanzminister und vor dem EU-Gipfel warnt unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Bundestag, Michael Theurer, davor, falsche Schwerpunkte in der EU zu setzen. Er fordert industriepolitische Initiativen auf europäischer Ebene. Er plädiert „für Initiativen, die darin münden könnten, was ich als digitalen Airbus bezeichne – also einen gemeinsamen Vorstoß wie in den Sechzigern, als Europa die Dominanz der Amerikaner im Passagierflugverkehr gekontert hat“ (vgl. Börsenzeitung v. 16.6.2018 S. 5). „Eine europäische Digitalagentur, eine europäische Government Cloud, sichere Datennetze in ganz Europa, Glasfaser für alle, 5G für alle.“ Dazu braucht es allerdings die Koordination und Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten. „Das kann natürlich kein Land alleine, deshalb muss es Europa gemeinsam machen“. Er könne sich in diesem Zusammenhang „durchaus eine Teilfinanzierung über Steuermittel vorstellen“, unter Einbindung europäischer Industriepartner, so der frühere Europa-Abgeordnete.

Kommentar: Recht hat er!

☞ DiscoverEU

...so heißt die neue Initiative der Kommission, für die in diesem Jahr ein Budget von 12 Mio. € bereitgestellt wird. Junge Europäer können sich für einen kostenlosen Interrail-Pass bewerben. Mit diesem sollen vorerst 15.000 Bewerber, gleich welchem akademischen oder sozialen Background, das Reisen und Erkunden der europäischen Union noch in diesem Sommer ermöglicht werden. Ziel dieser Initiative ist es, ein europäische Identitätsgefühl zu vermitteln und aktives Bürgertum, soziale Inklusion und Solidarität zu fördern. Die Reisedauer beträgt bis zu 30 Tage und es können bis zu 4 ausländische Ziele angesteuert werden. Hinzukommend ist das Jahr 2018 das „Europäische Jahr des Kulturerbes“, dadurch haben die Reisenden die Möglichkeit an verschiedensten Veranstaltungen ganz Europas teilzunehmen.

Bewerben können sich Einzelpersonen und Gruppen von bis zu 5 Personen, die jeweils bis zum 01.07.2018 die Volljährigkeit erlangt haben müssen und Staatsangehöriger eines der 28 EU-Mitgliedsstaaten sind. Weitere Anforderungen ist zum einen die „Motivation zum Besuch mindestens eines europäischen Kulturerbes, sowie die Teilnahme an einem Quiz über das kulturelle Erbe der EU, über die Wahlen zum EP und die europäische Jugend“. (Bericht aus Brüssel 10/2018)

Kommentar: Da möchte man sofort wieder jung sein und losreisen. We like, Kommission!

☞ VOLT

Die Gründung der neuen Partei Volt hat begonnen wie ein schlechter Witz: Ein Deutscher, ein Italiener und eine Französin haben sich beim Chinesen in New York getroffen. Dort ist entstanden, was jetzt die Rettung Europas sein soll: die erste paneuropäische Partei. Volt will progressiv sein, proeuropäisch ohne Kompromisse. Der Brexit war für den 29-jährigen Deutschen Damian Boeselager, den 25-jährigen Italiener Andrea Venzon und die 23-jährige Französin Colombe Cahen-Salvador der Moment, an dem sie wussten: So kann es nicht weitergehen. Europa wird zerbrechen, wenn wir nichts dagegen tun. Die Volt-Mitglieder glauben, dass viele lokale Probleme mit einer europäischen Bewegung lösbar wären. Eines ihrer Hauptziele ist nach eigenen Angaben ein “Smart State”, ein kluger Staat. Sie wollen, dass die EU sich entbürokratisiert, die Strukturen demokratischer werden. Aber auch für den Klimaschutz und für die “Lost Generation” wollen sie sich einsetzen. Die Jahrgänge, die sich abgehängt fühlen und von hoher Arbeitslosigkeit geplagt sind. Bei einer Volt-Versammlung in München – einem “Meet Up”, wie die Organisatoren sagen – ist kaum jemand älter als Ende 20. Die Veranstalter tragen die Haare zurückgegelt, Segel- oder Turnschuhe, Sweatshirt und Jeans. Sie sehen aus wie typische BWLer, die gerade ein Start-Up gegründet haben.

In eine Schublade stecken lassen will sich die Partei jedoch nicht. Insgesamt haben sie schon 4000 Mitglieder in 25-EU-Ländern und erreichen etwa 50.000 Interessierte in den Sozialen Medien. “Wir wollen keine Partei für die Elite sein, sondern für Wähler der progressiven, proeuropäischen Mitte”, sagen sie. “Rechts und links sind Kategorien, in die wir uns nicht einordnen lassen wollen und auch nicht einordnen lassen können.”

“Eure Inhalte sind doch 80 Prozent FDP”, sagt einer, der den Eindruck macht, als würde er sich ganz gut mit der Partei auskennen. Die Volt-Mitglieder bestreiten das.

Kommentar: In der Jugend liegt die Zukunft!

Jürgen Bokr

Nur zur parteiinternen Verwendung gedacht!